

## Niederschrift

über die 27. Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften am 18.09.2018  
(10. Wahlperiode)

## Tagesordnung

|  | Seite |
|--|-------|
| <b>Öffentliche Sitzung</b> .....   | 5     |
| <b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....  | 5     |
| <b>2 Fahrgastzahlen - Vorstellung durch Herrn Bäumken (Rheinbahn AG)</b> .....   | 5     |
| <b>3 Wohnbaulandentwicklung 'Kamper Weg' (Siedlungsflächen 'Ivangsheide', 'Kamper Hof', Kalverdonksweg') - Durchführung eines Kooperativen Wettbewerbsverfahrens nach RPW 2013 mit Beteiligung der Öffentlichkeit Vorlage: FB4/0776/2018</b> .....   | 6     |
| <b>3.1 Anträge der UWG-Fraktion vom 16. September 2018 bzgl. Wohnbaulandentwicklung "Kamper Weg" Vorlage: FB4/0219/2018</b> .....  | 8     |
| <b>4 Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP) - Stellungnahme der Stadt Meerbusch zum Änderungsverfahren des Landesentwicklungsplans NRW Vorlage: FB4/0813/2018</b> .....  | 10    |
| <b>5 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplans Nr. 51 BD, Meerbusch-Büderich, Im Bachgrund Beschluss der öffentlichen Entwurfsauslegung gem. § 3 (2) BauGB i.V.m. § 13 BauGB Vorlage: FB4/0777/2018</b> .....  | 11    |
| <b>6 Antrag der caratgas GmbH Binnenterminal Krefeld, Heidbergsweg, 47809 Krefeld vom 14.05.2018 nach §§ 4, 6 BImSchG auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb eines Binnenterminals zur Be- und Entladung von Flüssiggas sowie Antrag auf Zulassung zu vorzeitigem Baubeginn gem. § 8a BImSchG. Vorlage: DezIII/0822/2018</b> ..... | 12    |
| <b>6.1 Initiativantrag der CDU-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 6 - Antrag der caratgas GmbH Binnenterminal Krefeld Vorlage: FB4/0218/2018</b> .....  | 13    |
| <b>7 Anträge</b> .....   | 14    |
| <b>7.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 02.09.2018 zur Beleuchtung für die Unterführung Osterath Vorlage: FB5/0215/2018</b> .....   | 14    |
| <b>7.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 03.07.2018 zur Unterführung in Osterath Vorlage: FB4/0216/2018</b> .....  | 14    |
| <b>7.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 09.09.2018 zum Demenzheim in Osterath Vorlage: FB4/0217/2018</b> .....  | 16    |

|            |   |           |
|------------|---|-----------|
| <b>8</b>   | <b>Anfragen</b> .....   | <b>16</b> |
| <b>8.1</b> | <b>Anfrage der SPD-Fraktion zum Beteiligungs- und Fortschreibungsverfahren des Rhein-Kreis Neuss (Nahverkehrsplan) Vorlage: FB4/0121/2018</b> ..... | <b>16</b> |
| <b>8.2</b> | <b>Anfragen der SPD-Fraktion vom 04. September 2018 zur Wohnbaulandentwicklung Meerbusch 2030 Vorlage: FB4/0122/2018</b> .....                      | <b>17</b> |
| <b>9</b>   | <b>Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....  | <b>17</b> |
| <b>9.1</b> | <b>Bauvorhaben Bösinghovener Straße 47-51, Route 66</b> .....   | <b>17</b> |
| <b>10</b>  | <b>Termin der nächsten Sitzung: 20. November 2018</b> .....   | <b>18</b> |
| <b>11</b>  | <b>Verschiedenes</b> .....  | <b>18</b> |

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:25 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Herr Herbert Becker Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Frau Renate Kox

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied Vertretung für Frau Norma Köser-Voitz

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Herr Uwe Wehrspohn Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied Vertretung für Herrn Hans Günter Focken

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

Herr Thomas Wolfgramm Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Dieter Jüngerkes

**von der FDP-Fraktion**

Frau Kirsten Danes Sachkundige Bürgerin Vertretung für Herrn Thomas Gabernig

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Herr Heinrich Peter Weyen Ratsmitglied

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Marc Becker Ratsmitglied Vertretung für Herrn Marcel Müller

**Beratende Mitglieder**

Herr Hubert Kräling Seniorenbeirat

**von der Verwaltung**

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Frau Doris Beseler Fachbereich 6

Frau Dana Frey Dezernat III

Herr Jürgen Gatzlik Bereichsleiter Fachbereich 6

Frau Frauke Köppen

Herr Heinrich Westerlage Bereichsleiter Service Recht

**Gäste**

Herr Tim Bäumken  
Herr Thomas Tyczewski

**Schriftführerin**

Frau Lisanne Wilms

Fachbereich 4

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Frau Norma Köser-Voitz  
Frau Renate Kox

Ratsmitglied

Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Herr Hans Günter Focken  
Herr Dieter Jüngerkes

Ratsmitglied

Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Marcel Müller

Sachkundiger Bürger

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Ratsherr Damblon schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 6 und 6.1 aufgrund des anwesenden Rechtsanwalts hinter dem Tagesordnungspunkt 2 zu beraten.

Weiter wird beantragt, den Tagesordnungspunkt 9 aufgrund der Vorstellung eines bestimmten Bauvorhabens und damit verbunden die Anwesenheit einiger Betroffenen hinter dem Tagesordnungspunkt 3.1 zu beraten.

Ratsherr Damblon berichtet, dass der Tagesordnungspunkt 15 „Altablagerungen auf dem vormals städtischen Grundstück Moerser Straße in Meerbusch-Büderich“ von der Tagesordnung genommen wird.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Eine Bürgerin hat eine Frage zum Tagesordnungspunkt 8.1 „Anfrage der SPD-Fraktion zum Beteiligungs- und Fortschreibungsverfahren des Rhein-Kreis Neuss (Nahverkehrsplan)“.

Der BUND hat 2017 eine Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren abgegeben und seitdem keine Rückmeldung erhalten. Sie fragt nach, ob die Verwaltung 2017 eine Stellungnahme zum Verfahren abgegeben hat und hierauf eine Rückmeldung erhalten hat.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass die Verwaltung 2017 eine Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren abgegeben hat, aber auch keine Rückmeldung erhielt.

### **2 Fahrgastzahlen - Vorstellung durch Herrn Bäumken (Rheinbahn AG)**

Herr Bäumken stellt dem Ausschuss das Thema „ÖPNV in Meerbusch: Fahrgastzahlen 2018“ vor.

Der Vortrag wird als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Ratsherr Peters fragt insbesondere nach der Einschätzung der Rheinbahn, ob sich der Schnellbus 52 etabliert hat.

Herr Bäumken erklärt, dass eine richtige Einschätzung und Bewertung erst nach ca. einem Jahr, also Mitte 2019, getroffen werden kann. Besonders das vierte Quartal ist für den Nahverkehr von starker Bedeutung. Er plädiert dafür, dass das Projekt „Schnellbus 52“ noch nicht aufgegeben werden darf. Zukünftig will die Rheinbahn den Schnellbus nochmal stärker bewerben, um diesen noch bekannter zu machen.

Ratsfrau Niederdelmann-Siemes bemängelt die Nutzung des Buses 830 am Laacher Weg. Der Bus weist oftmals sehr starke Verspätungen, von mindestens 15 Minuten, auf. Dadurch können mögliche Anschlussverbindungen nicht erreicht werden. Sie fragt nach, warum die Pünktlichkeit von Bus und Bahn oftmals nicht eingehalten werden kann.

Herr Bäumken erklärt, dass insbesondere der zunehmende Straßenverkehr und die Schaltung der Ampelanlagen, aber auch die fehlende Barrierefreiheit an einigen Haltestellen ausschlaggebend für derartige Verspätungen sind. Aber auch erhöhte Krankenstände der Mitarbeiter und der Fachkräftemangel bereiten Probleme. Derzeit ist die Rheinbahn dabei, Beschleunigungsmaßnahmen zu erarbeiten. Hierbei geht es darum, zeitliche Vorteile zu schaffen, ohne andere Verkehrsteilnehmer zu benachteiligen.

Ratsherr Schoenauer fragt nach möglichen Lösungen der Rheinbahn in Hinblick auf die Überfüllung der Bahnen zu Spitzenzeiten (morgens und abends).

Herr Bäumken erläutert, dass die Hauptaufgabe erst einmal sei, dass die Bahnen, die im Angebot sind, pünktlich und zuverlässig fahren. Er weist daraufhin, dass in den Spitzenzeiten noch Kapazitäten frei sind. Es weisen lediglich einzelne Tage bzw. Zeiten derartige Überfüllungen auf. Der Vorstellung, die Bahnen mit mehr Wagons auszustatten, kann die Rheinbahn aufgrund der infrastrukturellen Gebundenheit nicht nachkommen. Er merkt an, dass das RegioNetzWerk an der Thematik ebenfalls arbeite und nach Lösungen suche.

Ratsherr Weyen merkt an, dass eine dichtere Taktung der Bahnen auf 10 Minuten in den Spitzenzeiten keine Lösung für die überfüllten Bahnen sei. Die Rheinbahn sollte überlegen, die Taktung der Bahnen zu den Spitzenzeiten auf 5 Minuten zu verringern.

Ratsherr Peters betont die Wichtigkeit des Arbeitskreises ÖPNV. Dieser muss dringend zusammen kommen, um diese Themen zu erörtern.

**3 Wohnbaulandentwicklung 'Kamper Weg' (Siedlungsflächen 'Ivangsheide', 'Kamper Hof', 'Kalverdonksweg') - Durchführung eines Kooperativen Wettbewerbsverfahrens nach RPW 2013 mit Beteiligung der Öffentlichkeit  
Vorlage: FB4/0776/2018**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, für die ca. 35 ha große Fläche „Kamper Hof“, „Ivangsheide“ und „Kalverdonksweg“ in Meerbusch-Osterath ein Kooperatives Wettbewerbsverfahren nach RPW 2013 mit angemessener Öffentlichkeitsarbeit und Werkstattverfahren vorzubereiten.

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushalt 2019 bereitzustellen.

**Abstimmungsergebnis: Antrag auf Ergänzung der Beschlussvorlage (Werkstattverfahren)**

|                               | Ja        | Nein     | Enthaltungen |
|-------------------------------|-----------|----------|--------------|
| CDU                           | 8         |          |              |
| SPD                           | 3         |          |              |
| FDP                           | 2         |          |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen       | 2         |          |              |
| UWG                           | 1         |          |              |
| DIE LINKE und Piratenpartei ) | 1         |          |              |
| <b>Gesamt:</b>                | <b>17</b> | <b>0</b> | <b>0</b>     |

**Abstimmungsergebnis: Beschluss Wohnbaulandentwicklung 'Kamper Weg'**

|                             | Ja        | Nein     | Enthaltungen |
|-----------------------------|-----------|----------|--------------|
| CDU                         | 8         |          |              |
| SPD                         | 3         |          |              |
| FDP                         |           | 2        |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen     | 2         |          |              |
| UWG                         |           | 1        |              |
| DIE LINKE und Piratenpartei | 1         |          |              |
| <b>Gesamt:</b>              | <b>14</b> | <b>3</b> | <b>0</b>     |

Technischer Beigeordneter Assenmacher stellt die Beschlussvorlage „Wohnbaulandentwicklung 'Kamper Weg'“ dem Ausschuss vor.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen und sprechen verschiedene Aspekte der Wohnbaulandentwicklung 'Kamper Weg' an.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes betont, dass die Realisierung des Wohngebietes 'Kamper Weg' eine wichtige Thematik im Bereich der Wohnbaulandentwicklung in Meerbusch darstelle. Das Verfahren muss weiter nach vorne gebracht werden, deswegen wird die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen. Sie merkt an, dass die Schießanlage des Schützenfestes Osterath am Dr. Hans Lampenscherf-Platz mit in das zu entwickelnde Gebiet aufgenommen wurde. Sie regt an, dass die Verwaltung mit dem Veranstalter des Schützenfestes (HSB) diesbezüglich Gespräche führen sollte.

Ratsherr Rettig kritisiert die falsche Nennung der Beschlussvorlage. Er bittet darum, im weiteren Verfahren die richtigen Bezeichnungen zu nutzen, da eine eindeutige Terminologie vorliegt. Weiterhin merkt er an, dass das Gebiet ‚Kalverdonksweg‘ nicht der Vorlage aus der Ratssitzung vom 26. April 2018 entspricht. Er bittet die Verwaltung, dies zu verbessern.

Des Weiteren erklärt er, dass die FDP-Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen wird. Im Rahmen des Regionalplanes hat die FDP-Fraktion nur dem Gebiet „Ivangsheide“ aufgrund der vorherrschenden Flüchtlingssituation zugestimmt. Die anderen Gebiete wurden von der FDP-Fraktion abgelehnt. Er ist der Auffassung, dass das Wohngebiet „Kamper Weg“ nicht als Ganzes, sondern in kleinen Schritten realisiert werden sollte.

Ratsherr Weyen stimmt Ratsherrn Rettig im letzten Punkt zu. Er ist ebenfalls der Meinung, dass das Wohngebiet 'Kamper Weg' schrittweise realisiert werden sollte. Eine zeitgleiche Realisierung einer so großen Fläche sei nicht sinnvoll.

Die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion sprechen sich für die Realisierung des gesamten Gebietes aus.

Ratsherr Damblon weist daraufhin, dass es sich bei der Beschlussvorlage lediglich um einen Verfahrensschritt handelt. Die Bestimmung des Auslobungstextes erfolgt erst in einer der nächsten Sitzungen.

Sachkundiger Bürger Wolfgramm fragt nach, wie die Verwaltung festlegt, wer an der Planung teilnehmen wird.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass die Verwaltung mit der Architektenkammer eng zusammenarbeitet und diese das Verfahren mitbetreuen wird.

Ratsherr Quaß beantragt, dass im Beschlusstext der Begriff „Werkstattverfahren“ mitaufgenommen wird.

Der Ausschuss stimmt dem zu.

**3.1 Anträge der UWG-Fraktion vom 16. September 2018 bzgl. Wohnbaulandentwicklung "Kamper Weg"**  
**Vorlage: FB4/0219/2018**

1. Die Bürger werden vor Erarbeitung eines Auslobungstextes durch eine Informationsveranstaltung und durch ein Werkstattverfahren frühzeitig an der Planung beteiligt.

**Abstimmungsergebnis:**

|                             | Ja       | Nein      | Enthaltungen |
|-----------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU                         |          | 8         |              |
| SPD                         |          | 3         |              |
| FDP                         | 2        |           |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen     |          | 2         |              |
| UWG                         | 1        |           |              |
| DIE LINKE und Piratenpartei |          | 1         |              |
| <b>Gesamt:</b>              | <b>3</b> | <b>14</b> | <b>0</b>     |

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

2. Der Auslobungstext wird erst nach Vorlage des neuen Verkehrsentwicklungsplans erarbeitet.

**Abstimmungsergebnis:**

|                             | Ja       | Nein      | Enthaltungen |
|-----------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU                         |          | 8         |              |
| SPD                         |          | 3         |              |
| FDP                         | 2        |           |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen     |          | 2         |              |
| UWG                         | 1        |           |              |
| DIE LINKE und Piratenpartei |          | 1         |              |
| <b>Gesamt:</b>              | <b>3</b> | <b>14</b> | <b>0</b>     |

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

3. Der Auslobungstext wird erst nach Vorlage konkreter Zahlen der Rheinbahn zur Kapazitätserweiterung der U76, U74 und U70 erarbeitet.

**Abstimmungsergebnis:**

|                             | Ja       | Nein      | Enthaltungen |
|-----------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU                         |          | 8         |              |
| SPD                         |          | 3         |              |
| FDP                         | 2        |           |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen     |          | 2         |              |
| UWG                         | 1        |           |              |
| DIE LINKE und Piratenpartei |          | 1         |              |
| <b>Gesamt:</b>              | <b>3</b> | <b>14</b> | <b>0</b>     |

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

4. Grundlage für die Neubebauung soll die vorhandene Siedlungsstruktur sowie deren Besonderheiten sein.

**Abstimmungsergebnis:**

|                             | Ja       | Nein      | Enthaltungen |
|-----------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU                         |          | 8         |              |
| SPD                         |          | 3         |              |
| FDP                         | 2        |           |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen     |          | 2         |              |
| UWG                         | 1        |           |              |
| DIE LINKE und Piratenpartei |          | 1         |              |
| <b>Gesamt:</b>              | <b>3</b> | <b>14</b> | <b>0</b>     |

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

5. Es soll ein Gestaltungsplan erarbeitet werden.

**Abstimmungsergebnis:**

|                             | Ja       | Nein      | Enthaltungen |
|-----------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU                         |          | 8         |              |
| SPD                         |          | 3         |              |
| FDP                         | 2        |           |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen     | 2        |           |              |
| UWG                         | 1        |           |              |
| DIE LINKE und Piratenpartei | 1        |           |              |
| <b>Gesamt:</b>              | <b>6</b> | <b>11</b> |              |

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

6. Das Gebiet für den städtebaulichen Rahmenplan wird um den für nichtig erklärten B-Plan Nr. 281 erweitert.

**Abstimmungsergebnis:**

|                             | Ja       | Nein      | Enthaltungen |
|-----------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU                         |          | 8         |              |
| SPD                         |          | 3         |              |
| FDP                         |          | 2         |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen     |          | 2         |              |
| UWG                         | 1        |           |              |
| DIE LINKE und Piratenpartei |          | 1         |              |
| <b>Gesamt:</b>              | <b>1</b> | <b>16</b> | <b>0</b>     |

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

7. Es wird ein Ausgleichsflächenkonzept erarbeitet, wobei die Ausgleichsflächen innerhalb des Stadtteils Osterath entstehen.

**Abstimmungsergebnis:**

|                             | Ja       | Nein      | Enthaltungen |
|-----------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU                         |          | 8         |              |
| SPD                         |          | 3         |              |
| FDP                         | 2        |           |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen     | 2        |           |              |
| UWG                         | 1        |           |              |
| DIE LINKE und Piratenpartei | 1        |           |              |
| <b>Gesamt:</b>              | <b>6</b> | <b>11</b> |              |

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Ratsherr Schoenauer kritisiert den Antrag der UWG-Fraktion. Die CDU-Fraktion kann dem Antrag der UWG-Fraktion nicht zustimmen.

Ratsherr Peters ist anderer Meinung. Der Antrag der UWG-Fraktion muss differenziert betrachtet werden. Aus seiner Sicht sind insbesondere die Punkte 5 und 7 sehr sinnvoll.

Nach kurzer Diskussion fasst der Ausschuss obige Beschlüsse.

**4 Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP) - Stellungnahme der Stadt Meerbusch zum Änderungsverfahren des Landesentwicklungsplans NRW  
Vorlage: FB4/0813/2018**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften stimmt der Stellungnahme zum Änderungsverfahren des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen entsprechend der Anlage zur vorliegenden Vorlage zu.

**Abstimmungsergebnis:**

|                             | Ja        | Nein     | Enthaltungen |
|-----------------------------|-----------|----------|--------------|
| CDU                         | 7         | 1        |              |
| SPD                         | 3         |          |              |
| FDP                         |           | 2        |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen     |           | 2        |              |
| UWG                         | 1         |          |              |
| DIE LINKE und Piratenpartei | 1         |          |              |
| <b>Gesamt:</b>              | <b>12</b> | <b>5</b> |              |

Ratsherr Schoenauer ist der Meinung, dass unter Punkt 8.1.9 die Thematik des Bahnlärms fehlt.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass der Ausbau der Bahnstrecke nicht im Landesentwicklungsplan, sondern im Bundesverkehrsplan behandelt wird.

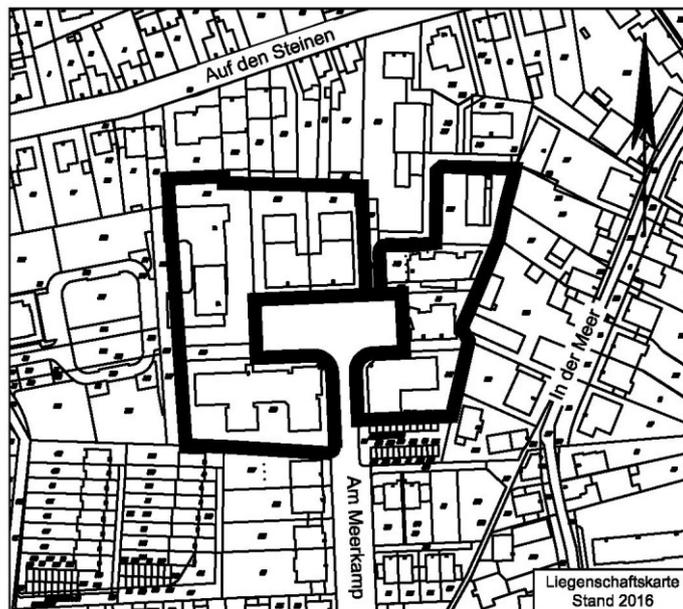
Ratsherr Rettig kritisiert den Abschnitt „ 2-3: Ziel: Siedlungsraum und Freiraum“ der Stellungnahme. Er führt aus, dass der Politik immer wichtig war, dass die Flächen zwischen den einzelnen Ortschaf-

ten von Meerbusch von der Wohnbebauung unberührt blieben. Mit dieser Veränderung wird eine Bebauung in diesen Bereichen leichter möglich sein. Die FDP-Fraktion kann aufgrund dieses Punktes der Stellungnahme nicht zustimmen.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass die Verwaltung diesen Aspekt gut findet, da nun auch in kleineren Gemeinden, wie zum Beispiel Bösinghoven, mehr möglich sei in Hinblick auf die Baulandentwicklung.

Ratsherr Wehrspohn kann der Stellungnahme aufgrund des Abschnitts „8.2-7: Grundsatz Energie-wende und Netzausbau“ nicht zustimmen. Er ist der Meinung, dass hierdurch der Bau des Konver-ters in Osterath bekräftigt wird.

**5 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplans Nr. 51 BD, Meerbusch-Büderich, Im Bachgrund  
Beschluss der öffentlichen Entwurfsauslegung gem. § 3 (2) BauGB i.V.m. § 13 BauGB  
Vorlage: FB4/0777/2018**



**Beschluss:**

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften stimmt dem Entwurf der 3. vereinfachten Änderung des Bebauungsplans Nr. 51 BD, Meerbusch-Büderich, Im Bachgrund einschließlich der Begründung für die öffentliche Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB i.V.m. § 13 BauGB zu.

**Abstimmungsergebnis:**

|                             | Ja        | Nein     | Enthaltungen |
|-----------------------------|-----------|----------|--------------|
| CDU                         | 8         |          |              |
| SPD                         | 3         |          |              |
| FDP                         | 2         |          |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen)    | 2         |          |              |
| UWG                         | 1         |          |              |
| DIE LINKE und Piratenpartei | 1         |          |              |
| <b>Gesamt:</b>              | <b>17</b> | <b>0</b> | <b>0</b>     |

Nach kurzer Diskussion fasst der Ausschuss obigen Beschluss.

- 6 Antrag der caratgas GmbH Binnenterminal Krefeld, Heidbergsweg, 47809 Krefeld vom 14.05.2018 nach §§ 4, 6 BImSchG auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb eines Binnenterminals zur Be- und Entladung von Flüssiggas sowie Antrag auf Zulassung zu vorzeitigem Baubeginn gem. § 8a BImSchG.  
Vorlage: DezIII/0822/2018**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften stimmt der Stellungnahme zum Antrag der caratgas GmbH Binnenterminal Krefeld, Heidbergsweg, 47809 Krefeld vom 14.05.2018 nach §§ 4, 6 BImSchG auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb eines Binnenterminals zur Be- und Entladung von Flüssiggas sowie Antrag auf Zulassung zu vorzeitigem Baubeginn gem. § 8a BImSchG entsprechend der Anlage zur vorliegenden Vorlage zu.

**Abstimmungsergebnis: Stellungnahme der Stadt Meerbusch**

|                             | Ja        | Nein     | Enthaltungen |
|-----------------------------|-----------|----------|--------------|
| CDU                         | 8         |          |              |
| SPD                         | 3         |          |              |
| FDP                         | 2         |          |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen     | 2         |          |              |
| UWG                         | 1         |          |              |
| DIE LINKE und Piratenpartei | 1         |          |              |
| <b>Gesamt:</b>              | <b>17</b> | <b>0</b> | <b>0</b>     |

Herr Tyczewski, beauftragter Rechtsanwalt der Stadt Meerbusch, stellt den aktuellen Verfahrensstand dem Ausschuss vor.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen und sprechen verschiedene Aspekte an.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig darüber, dass das Vorhaben gestoppt werden muss. Sie kritisieren vor allem, dass im vorliegenden Verkehrsgutachten die Stadt Meerbusch unberücksichtigt bleibt. Die bis dato im Krefelder Hafen angesiedelten Firmen verursachen, trotz Verbot über Meerbuscher Gebiet zu fahren, bereits jetzt schon eine enorme Verkehrsbelastung für Meerbusch. Die Ausschussmitglieder befürchten, dass die Verkehrsbelastung durch den LKW-Verkehr der neu angesiedelten Firma weiter ansteigen wird.

Ratsherr Rettig schlägt vor, dass, um den LKW-Verkehr einzudämmen, Vereinbarungen mit den Unternehmen im Krefelder Hafen getroffen werden müssen. Hierbei sollte eine Geldbuße verhängt werden, wenn der Verkehr verbotenerweise über Meerbuscher Gebiet fährt. Um dies zu kontrollieren, könnte die Verwaltung mit den Unternehmen vereinbaren, dass die Stadt Meerbusch in regelmäßigen Abständen eine Analyse der Fahrtenschreiber erhält und so auswerten könnte, ob ein Verstoß vorliegt.

Ratsherr Becker ist der Meinung, dass die Verwaltung ein eigenes Verkehrsgutachten in Auftrag geben sollte, um verlässliche Daten aller im Krefelder Hafen angesiedelten Firmen zu erhalten.

Ratsherr Peters beantragt über die Stellungnahme abzustimmen.  
Der Ausschuss stimmt dem zu und fasst obigen Beschluss.

**6.1 Initiativantrag der CDU-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 6 - Antrag der caratgas GmbH  
Binnenterminal Krefeld  
Vorlage: FB4/0218/2018**

**Abstimmungsergebnis: Antrag von Ratsfrau Niederdellmann-Siemes auf Erweiterung des Initiativantrages**

|                             | Ja       | Nein      | Enthaltungen |
|-----------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU                         |          | 8         |              |
| SPD                         | 3        |           |              |
| FDP                         |          | 2         |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen     |          | 2         |              |
| UWG                         |          | 1         |              |
| DIE LINKE und Piratenpartei |          | 1         |              |
| <b>Gesamt:</b>              | <b>3</b> | <b>14</b> | <b>0</b>     |

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis: Antrag vom Ratsherr Weyen**

|                             | Ja       | Nein      | Enthaltungen |
|-----------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU                         |          | 8         |              |
| SPD                         |          | 3         |              |
| FDP                         | 2        |           |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen     | 2        |           |              |
| UWG                         | 1        |           |              |
| DIE LINKE und Piratenpartei |          | 1         |              |
| <b>Gesamt:</b>              | <b>5</b> | <b>12</b> | <b>0</b>     |

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis: Initiativantrag der CDU-Fraktion**

|                             | Ja        | Nein     | Enthaltungen |
|-----------------------------|-----------|----------|--------------|
| CDU                         | 8         |          |              |
| SPD                         | 6         |          |              |
| FDP                         | 2         |          |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen     | 2         |          |              |
| UWG                         |           | 1        |              |
| DIE LINKE und Piratenpartei |           | 1        |              |
| <b>Gesamt:</b>              | <b>15</b> | <b>2</b> | <b>0</b>     |

Ratsherr Schoenauer stellt den Initiativantrag der CDU-Fraktion vor.

Ziel dieses Antrages ist es, dass die Stadt Meerbusch und die Stadt Krefeld als Vertragspartner auf Augenhöhe zusammen arbeiten.

Ratsherr Quaß kritisiert die Zusammenarbeit mit der Stadt Krefeld. Er ist der Ansicht, dass diese die Stadt Meerbusch nicht ernst genug nehme. Die Stadt Krefeld stellt keinen verlässlichen Vertragspartner mehr für die Stadt Meerbusch dar. Demnach stimmt die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN dem Initiativantrag der CDU-Fraktion inhaltlich zu.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes führt aus, das bei einem derartigen Verhalten eines Kooperationspartners erst recht Verträge unabdingbar sind. Die SPD-Fraktion stimmt der Intention des Initiativantrages der CDU-Fraktion zu. Sie ist der Meinung, dass Gespräche mit der Stadt Krefeld ein Schritt in

die richtige Richtung sind. Sie regt eine gemeinsame Sitzung der Planungsausschüsse beider Städte an.

Weiterhin beantragt Ratsfrau Niederdellmann-Siemes eine Erweiterung des Antrages. Der Antrag soll dahingehend ergänzt werden, dass ebenfalls Gespräche mit anderen Nachbarstädten, wie der Stadt Neuss und der Stadt Düsseldorf, geführt werden sollten.

Ratsherr Becker ist der Ansicht, dass der Initiativantrag der CDU-Fraktion kein Antrag darstelle und die Fraktion diesen wieder zurückziehen sollte. Er kann dem Antrag nicht zustimmen. Vielmehr sollten Gespräche mit der Stadt Krefeld über die Zusammenarbeit geführt werden.

Ratsherr Weyen beantragt den im Rat gefassten Beschluss zum Interkommunalen Gewerbegebiet Meerbusch/Krefeld ruhend zu stellen, bis Einigkeit in dieser Sache erzielt wird.

## **7 Anträge**

### **7.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 02.09.2018 zur Beleuchtung für die Unterführung Osterath Vorlage: FB5/0215/2018**

Ratsherr Rettig stellt den Antrag der FDP-Fraktion vor und betont, dass besonders durch eine gute Beleuchtung der Unterführungen das Problem der Angsträume beseitigt werden könne.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass für die Beleuchtung der Bahnunterführung für den Geh- und Radverkehr am Bahnhof die Bahn zuständig ist. Die Stadt beauftragte bereits ein Architekturbüro, um der Bahn entsprechende Gestaltungsvorschläge zu liefern. Die Bahn stimmt diese mit den Sicherheitstechnischen-Richtlinien im Gleisbereich und den zugelassenen Beleuchtungsmitteln ab und nimmt diese auf, sofern diese richtlinienkonform sind.

Ratsherr Rettig zieht den Antrag der FDP-Fraktion aufgrund der Ausführungen des Technischen Beigeordneten zurück.

### **7.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 03.07.2018 zur Unterführung in Osterath Vorlage: FB4/0216/2018**

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass die Bahn bereits die Erstellung eines 3D-Modells zugesagt hat. Nach Fertigstellung des 3D-Modells soll in einer Bürgerinformation Anfang 2019 das Projekt von den drei Projektbeteiligten vorgestellt werden.

Er berichtet weiter, dass eine Begrünung der Trogwände erneut von Straßen NRW abgelehnt wurde. Eine Begrünung der verbleibenden Flächen ist jedoch vorgesehen. Die in der Planfeststellung vorgesehene Bepflanzung wird im Laufe der Projektplanung durch Straßen NRW aktualisiert und an den Bestand angepasst.

Das Schreiben von Straßen NRW wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Ratsherr Rettig zieht den Antrag der FDP-Fraktion aufgrund der Ausführungen des Technischen Beigeordneten zurück.

### 1. Anmerkung der Schriftführerin:

*In der Projektbesprechung am 04.07.2018 mit Straßen NRW wurde wiederholt das Thema Begrünung der Trogwände diskutiert. Der Wunsch der Stadt, eine Begrünung der Trogwände vorzusehen wurde vorgetragen. Straßen NRW lehnt eine Begrünung weiterhin ab. Am 09.07.2018 richtete die Verwaltung erneut den Wunsch einer Begrünung der Trogwände an Straßen NRW. Eine derartige Gestaltung der Trogwände wurde aus folgenden Gründen erneut abschließend abgelehnt:*

- Die Verkehrsräume innerhalb des Trogbauwerkes liegen unmittelbar an aufgehenden Wänden. Somit würde eine zusätzliche Begrünung hier eine unnötige Einschränkung der Sichtbeziehungen bedeuten. Sowohl im Gehwegbereich, als auch im Straßenbereich.*
- Eine Begrünung birgt die Gefahr, dass Schäden am Bauwerk infolge Durchwurzelung entstehen. Hier entsteht ein erhöhter Instandsetzungsaufwand und erhebliche Mehrkosten für die Unterhaltung. Zusätzlich befinden wir uns in einem Bereich, in dem Grundwasser ansteht. Hier könnten Schäden entstehen, in dessen Folge Wasser durch das Bauwerk in den inneren Bereich des Troges eindringt.*
- Für die turnusmäßige Bauwerksprüfung muss der Bewuchs vollständig entfernt werden, was einen erhöhten Aufwand bedeutet und weiterhin eine spätere Sichtbarkeit von Verunreinigungen, die durch die Begrünung entstehen.*

*- Weiterhin muss der angebrachte Bewuchs regelmäßig kontrolliert und gepflegt werden. Diese Maßnahmen würden ebenfalls einen erhöhten Arbeits- und Kostenaufwand bedeuten.*

*Jedoch wird im Laufe der Ausführungsplanung eine Aktualisierung der Grünplanung durchgeführt. Diese Grünplanung sieht zahlreiche Neupflanzungen in den verbleibenden Grünflächen vor.*

### 2. Anmerkung der Schriftführerin:

*Ergebnisse der Projektbesprechung „Öffentlichkeitsarbeit“ der Maßnahme BÜ-Osterath am 4.7.18 - Straßen NRW, Deutsche Bahn, Stadt Meerbusch:*

#### **Öffentlichkeitsarbeit**

*Die ersten nach außen zur Eisenbahnkreuzungsmaßnahme erkennbaren Bauarbeiten erfolgen von Seiten der DB (Umbau Oberleitungen) ab dem IV. Quartal 2019.*

*Die Kreuzungsbeteiligten sind sich darüber einig, dass*

- die Öffentlichkeit, insbesondere die Bürger und auch Bahnkunden jederzeit informiert sein soll.*
- diese Informationen wird über 3 Säulen stattfinden werden:*

- 1. Internetauftritt*
- 2. 3D-Visualisierung*
- 3. Bürgerinformation*

#### **Internetauftritt**

*Folgende Informationen sollte der Internetauftritt (Straßen NRW) beinhalten und bei Bedarf aktualisiert bzw. ergänzt werden:*

- Infoblatt als PDF zum Herunterladen, welches je nach Bauphase aktualisiert wird; dieses beinhaltet die aktuellen Infos zum Projekt und auch einen groben Bauablauf.*
- Lageplan*
- Verlinkung zur Seite der DB - falls diese eingerichtet wird.*
- Verlinkung zur Seite der Stadt Meerbusch*

**3D-Visualisierung**

DB Systel GmbH (Bahn) erstellt eine 3D-Visualisierung. Die DB übernimmt die konzerninterne Beauftragung.

**Bürgerinformation**

Die erste Bürgerinformation wird nach Vorliegen der Visualisierung (voraussichtlich Frühjahr 19) stattfinden und anschließend – je nach Bauphase.

Die Bürgerinformationen finden jeweils unter Teilnahme aller Kreuzungsbeteiligten statt.

### 7.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 09.09.2018 zum Demenzheim in Osterath Vorlage: FB4/0217/2018

**Abstimmungsergebnis:**

|                             | Ja        | Nein     | Enthaltungen |
|-----------------------------|-----------|----------|--------------|
| CDU                         | 6         |          |              |
| SPD                         | 3         |          |              |
| FDP                         | 2         |          |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen     | 2         |          |              |
| UWG                         | 1         |          |              |
| DIE LINKE und Piratenpartei | 1         |          |              |
| <b>Gesamt:</b>              | <b>15</b> | <b>0</b> | <b>0</b>     |

Ratsherr L. Jürgens und Ratsherr Schoenauer haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Ratsherr Schoenauer schlägt vor, den Antrag zu vertagen. Zunächst einmal soll der Sozialausschuss den Antrag der FDP-Fraktion beraten und im nächsten Schritt einen Empfehlungsbeschluss an den Ausschuss für Planung und Liegenschaften fassen. Dieser dient dann als Grundlage für die weitere Beratung.

Die einzelnen Fraktionen betonen nochmals, dass der Umbau des alten Pfarrhauses in ein Demenzheim eine Bereicherung für den Ortskern von Osterath darstelle. Jedoch erscheint die derzeitige Planung und Gestaltung der Gebäude noch nicht zielführend. Es besteht Einigkeit darüber, dass ein Bebauungsplan bzw. vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden sollte.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes in einer der nächsten Ausschusssitzungen.

**8 Anfragen**

#### 8.1 Anfrage der SPD-Fraktion zum Beteiligungs- und Fortschreibungsverfahren des Rhein-Kreis Neuss (Nahverkehrsplan) Vorlage: FB4/0121/2018

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass sich die Vorlage zu dieser Thematik irrtümlich auf der Tagesordnung des nächsten Bau- und Umweltausschusses befindet. Beim nächsten Mal werde die Verwaltung darauf achten, dass diese Thematik im Ausschuss für Planung und Liegenschaften beraten wird.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass zwei Ergänzungen an den Rhein-Kreis Neuss mitgeteilt wurden:

### 1. Barrierefreiheit an Bushaltestellen:

Die Stadt Meerbusch setzt bereits ein Konzept zum barrierefreien Ausbau der Haltestellen im Stadtgebiet Meerbusch um. 2015 wurden bereits 55 Haltestellen, 2018 werden nochmals 12 Haltestellen barrierefrei ausgebaut. In den kommenden Jahren werden dann die verbleibenden rund 25 Haltestellen barrierefrei ausgebaut.

### 2. Taxibus/Bürgerbus

Die Verwaltung hat bereits im April 2018 Gespräche bezüglich eines Bürgerbusses für die Rheingemeinden mit Bürgern geführt. Eine Prüfung der Bereitschaft, einen Verein zu gründen, findet zurzeit statt.

## **8.2 Anfragen der SPD-Fraktion vom 04. September 2018 zur Wohnbaulandentwicklung Meerbusch 2030**

**Vorlage: FB4/0122/2018**

Technischer Beigeordneter Assenmacher beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion zur Wohnbaulandentwicklung Meerbusch 2030.

Die vorgestellte Tabelle wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes betont nochmals die Wichtigkeit des weiteren Vorankommens der Wohnbaulandentwicklung in Meerbusch.

Ratsherr Rettig bittet darum, eine Übersichtskarte mit städtischen Flächen im Stadtgebiet den Fraktionsvorsitzenden zur Verfügung zu stellen.

## **9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Herr Westerlage berichtet von zwei Gerichtsentscheidungen in vom Ausschuss bereits früher behandelten Angelegenheiten.

### Bauvorhaben Grabenstraße in Meerbusch-Büderich

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat aktuell die Klage der benachbarten Denkmaleigentümer gegen die Baugenehmigung auf dem Eckgrundstück zwischen Grabenstraße und Niederlöricker Straße abgewiesen.

### Bebauungsplan Nr. 82, Meerbusch-Büderich, Brühl und 1. Änderung

Das Oberverwaltungsgericht hat im Normenkontrollverfahren zweier Nachbarn den Bebauungsplan Nr. 82, Brühl, Meerbusch-Büderich - allerdings nur wegen unbestimmter Festsetzungen zur Gebäude- und Geländehöhe - für unwirksam erklärt.

Beide Entscheidungen sind noch nicht rechtskräftig.

## **9.1 Bauvorhaben Bösinghovener Straße 47-51, Route 66**

Frau Köppen stellt das Bauvorhaben dem Ausschuss erneut vor.

Dem Wunsch des Ausschusses, die Gebäude weiter nach hinten zu verschieben, um die Platanen am Straßenrand zu erhalten und um mehr Abstand zwischen dem geplanten Mehrfamilienhaus und dem Bürgersteig zu schaffen, kann nicht gefolgt werden.

Frau Köppen erklärt, dass durch die Verschiebung der Gebäude nach hinten, die Terrassen der drei Doppelhäuser im hinteren Bereich aufgrund der angrenzenden Landschaftsschutzgrenze wegfallen würden. Außerdem würde der Gemeinschaftsbereich zwischen dem Mehrfamilienhaus und der drei Doppelhäuser deutlich verkleinert. Sie betont, dass die Qualität der Vorgärten von der Begrünung und nicht von der Tiefe abhängig ist. Weiterhin merkt sie an, dass bei einem Vor-Ort-Besuch mit der Denkmalschutzbeauftragten ersichtlich wurde, dass die Platanen am Straßenrand nicht erhaltenswert sind. Eine Erhaltung der Bäume wäre zu aufwendig und zugleich zu teuer.

Ratsherr Schoenauer betont, dass es wichtig sei, dass der Abstand zwischen dem Mehrfamilienhaus und dem Bürgersteig vergrößert werden muss, um ein möglichst einheitliches Bild besonders in Hinblick auf die Nachbargrundstücke zu schaffen. Er merkt an, dass der Ausschuss in der letzten Sitzung keine Verschiebung aller Gebäude nach hinten wünschte, sondern dass das Mehrfamilienhaus an der linken Seite etwas nach unten gedreht wird.

## **10 Termin der nächsten Sitzung: 20. November 2018**

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Planungen und Liegenschaften findet am 20. November 2018 statt.

## **11 Verschiedenes**

Ratsherr Rettig fragt nach der weiteren Vorgehensweise K9n.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass Ende des 2. Quartals 2019 ein neuer Beschluss gefasst werden soll.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes fragt nach, ob die Verwaltung Informationen hat, dass das Unternehmen „Amprion“ schon Unterlagen eingereicht hat.

Technischer Beigeordneter Assenmacher verneint dies.

Ratsherr Weyen fragt nach aktuell bestehenden Planungen eines Discounters an der Meerbuscher Straße, Q1-Tankstelle.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass derzeit Gespräche mit dem Discounter stattfinden.

Die Verwaltung hat ein neues Einzelhandelskonzept in Auftrag gegeben. Diese Ergebnisse seien abzuwarten.

Ratsherr Weyen fragt weiter, ob eine Klage vom Discounter „Aldi Süd“ in Osterath vorliegt.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass Aldi Süd gegen die Grenzziehung vom Edeka Supermarkt Nettersheim geklagt hat.

Meerbusch, den 27. September 2018

---

Werner Damblon  
Ausschussvorsitzender

---

Lisanne Wilms  
Schriftführer/in